

Maren Schimmang

Der Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung
zu einer Erwerbstätigenversicherung und
ihre Stellung in Europa



Nomos

Band 64

Schriften zum Sozialrecht

hervorgegangen aus den von Prof. Dr. Ulrich Becker begründeten
„Schriften zum deutschen und europäischen Sozialrecht“

Herausgegeben von

Prof. Dr. Peter Axer | Prof. Dr. Ulrich Becker, LL.M. | Prof. Dr. Karl-Jürgen
Bieback | Prof. Dr. Winfried Boecken | Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf |
Prof. Dr. Hermann Butzer | Prof. Dr. Ulrike Davy | Prof. Dr. Ingwer Ebsen |
Prof. Dr. Dr. h.c. Eberhard Eichenhofer | Prof. Dr. Maximilian Fuchs | Prof.
Dr. Richard Giesen | Prof. Dr. Alexander Graser | Prof. Dr. Stefan Greiner |
Prof. Dr. Andreas Hänlein | Prof. Dr. Friedhelm Hase | Prof. Dr. Timo Hebel |
Prof. Dr. Hans Michael Heinig | Prof. Dr. Stefan Huster | Prof. Dr. Gerhard Igl |
Prof. Dr. Constanze Janda | Prof. Dr. Jacob Jousen | Prof. Dr. Markus
Kaltenborn | Prof. Dr. Thorsten Kingreen | Prof. Dr. Wolfhard Kohte | Prof.
Dr. Katharina von Koppenfels-Spies | Prof. Dr. Heinrich Lang | Prof. Dr. Elmar
Mand | Prof. Dr. Johannes Münder | Prof. Dr. Katja Nebe | Prof. Dr. Ulrich Preis |
Prof. Dr. Stephan Rixen | Prof. Dr. Christian Rolfs | Prof. Dr. Reimund
Schmidt-De Caluwe | Prof. Dr. Heinz-Dietrich Steinmeyer | Prof. Dr. Felipe
Temming | Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein | Prof. Dr. Raimund Waltermann |
Prof. Dr. Felix Welti

Maren Schimmang

Der Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung
zu einer Erwerbstätigenversicherung und
ihre Stellung in Europa



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-8704-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-3096-9 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2020 von der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität in Würzburg als Dissertation angenommen.

Mein Dank gilt als erstes Herrn Prof. Dr. Michael Wollenschläger, der sich bereit erklärt hatte, meine Promotion als Doktorvater zu betreuen. Leider konnte er die Fertigstellung der Arbeit nicht mehr erleben. Wegen seiner freundlichen und aufgeschlossenen Art, mit der er sich meiner Idee annahm und seiner großzügigen Unterstützung wird er mir immer in guter und dankbarer Erinnerung bleiben.

Großer Dank gebührt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Eckhard Kreßel, der die Begleitung meiner Arbeit übernahm. Über viele Jahre hinweg hat er meine Arbeit sehr freundlich und wohlwollend mit vielfachen Anregungen begleitet und mir dadurch eine weitere Ebene des wissenschaftlichen Arbeitens erschlossen.

Dem Zweitgutachter Herrn Prof. Dr. Ekkehard Hofmann danke ich für die zügige und wohlwollende Zweitkorrektur und die Hinweise, die bei der Überarbeitung der Untersuchung berücksichtigt wurden.

Jürgen und Sabine Schimmang danke ich für ihre Freundschaft, insbesondere in der letzten Phase des Vorhabens.

Meinem Ehemann Masood Jamshidfar danke ich sehr dafür, dass er mir in der Zeit der Fertigstellung der Arbeit liebevoll zur Seite stand und meine Arbeit an der Promotion in unserem Leben mitgetragen hat.

Sehr dankbar bin ich meinen Eltern. Sie haben meinen Weg von Beginn an unterstützt und gefördert und damit den Grundstein dafür gelegt, dass ich diese Arbeit geschrieben habe. Mein Vater hat den Abschluss der Arbeit leider nicht mehr erlebt.

Meinen Eltern Ursula und Wolfgang Schimmang ist diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsübersicht

1. Teil: Die Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und die ergänzende Sicherung durch die sozialen Hilfesysteme	33
A. Die wesentlichen Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung im Überblick	34
B. Ergänzende Leistungen der sozialen Sicherung bei fehlenden oder zu niedrigen Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	61
C. Zwischenfazit zum derzeitigen Rechtsstand	88
2. Teil: Beispiele zu der Versicherung von Erwerbstätigen in gesetzlichen Rentenversicherungen	90
A. Schweiz	90
B. Österreich	97
C. Forderung nach Umgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	103
3. Teil: Die Erwerbstätigenversicherung als Sozialversicherung	112
A. Abgrenzung von Volksversicherung und Bürgerversicherung	112
B. Erwerbstätigkeit	113
C. Die Anforderungen an Sozialversicherung	116
D. Zwangsversicherung und Wahrung des sozialen Standards im Modell einer Erwerbstätigenversicherung	223
E. Ergebnis	231
4. Teil: Die Ausweitung der Versicherungs- und Beitragspflicht auf bisher nicht versicherte Personenkreise	232
A. Verletzung von Grundrechten und Grundfreiheiten durch die Einbeziehung der nicht obligatorisch versicherten Selbständigen in die Versicherungs- und Beitragspflicht	234

Inhaltsübersicht

B. Verletzung von Grundrechten und Grundfreiheiten durch die obligatorische Einbeziehung in die Beitragspflicht	389
C. Der Ausschluss von Personen aus der gesetzlichen Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung	475
D. Gebot zur Auferlegung einer Vorsorgeverpflichtung in der gesetzlichen Rentenversicherung aus Art. 34 GRCh	481
5. Teil: Gleichheitsrechtliche Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung	485
A. Der allgemeine Gleichheitssatz aus Art. 3 GG	485
B. Der Gleichheitssatz aus Art. 20 GRCh	528
6. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	535
Literaturverzeichnis	545
Anlagen zur Dissertation	563
Anlage zur Veröffentlichung der Dissertation	597

Inhaltsverzeichnis

1. Teil: Die Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung und die ergänzende Sicherung durch die sozialen Hilfesysteme	33
A. Die wesentlichen Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung im Überblick	34
I. Versicherungspflichtige Personenkreise	36
1. Versicherungspflicht wegen abhängiger Arbeit	36
2. Versicherungspflicht wegen selbständiger Tätigkeit	38
3. Versicherungspflicht auf Grund sonstiger Lebenssachverhalte	39
a. Versicherungspflicht wegen Zeiten der Kindererziehung	39
b. Versicherungspflicht wegen nicht erwerbsmäßiger Pflege	40
c. Versicherungspflicht wegen des Bezugs von Entgeltersatzleistungen	41
II. Versicherungsfreiheit und Befreiungen	41
1. Versicherungsfreiheit	42
a. Versicherungsfreiheit für Personen mit anderweitiger Versorgung, § 5 Abs. 1 SGB VI	42
b. Versicherungsfreiheit und Befreiung wegen Geringfügigkeit, § 5 Abs. 2 SGB VI und § 6 Abs. 1b SGB VI	43
c. Versicherungsfreiheit wegen Alters, § 5 Abs. 4 SGB VI	43
2. Befreiungen	44
a. Befreiung für Angehörige der sog. „Kammerberufe“	45
b. Befreiung für Gewerbetreibende in Handwerksbetrieben	45
c. Befreiung für Selbständige mit einem Auftraggeber	46
III. Nachversicherung und Versicherung durch Versorgungsausgleich oder Rentensplitting	46
IV. Freiwillige Versicherung	47
V. Finanzierungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung	47
1. Beiträge	48
2. Staatliche Zuschüsse	49

Inhaltsverzeichnis

VI. Leistungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung	50
1. Teilhabeleistungen	51
2. Rentenleistungen	53
3. Weitere Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	59
VII. Zusammenfassung	60
B. Ergänzende Leistungen der sozialen Sicherung bei fehlenden oder zu niedrigen Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung	61
I. Ergänzende Leistungen bei fehlenden oder zu niedrigen Ansprüchen im Versicherungsfall Alter	62
1. Ansprüche bei Erreichen des Regelalters	62
2. Ansprüche vor Erreichen des Regelalters	64
a. Die Leistungsberechtigung nach dem SGB II im Einzelnen	65
b. Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 4 SGB II – Problematik der Kleinstrenten	66
c. Ansprüche bei Leistungsausschluss nach § 7 Abs. 4 SGB II	68
d. Die Problematik der sog. gemischten Bedarfsgemeinschaft	70
II. Ergänzende Leistungen bei fehlenden oder zu niedrigen Ansprüchen im Versicherungsfall Erwerbsminderung	73
1. Teilhabeleistungen	73
a. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation bei fehlendem Anspruch aus der gesetzlichen Rentenversicherung	74
b. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bei fehlendem Anspruch in der gesetzlichen Rentenversicherung	76
aa. Erwerbsfähige behinderte Menschen	77
bb. Nicht erwerbsfähige behinderte Menschen	78
2. Rentenleistungen	79
a. Unzureichende oder fehlende Rente bei voller, dauerhafter Erwerbsminderung	80
b. Unzureichende oder fehlende Rente bei voller, aber nicht dauerhafter Erwerbsminderung	83
c. Unzureichende oder fehlende Rente bei teilweiser Erwerbsminderung	84
III. Ergänzende Leistungen bei fehlenden oder zu niedrigen Ansprüchen im Versicherungsfall Tod	84
1. Renten für Witwen und Witwer gemäß § 47 SGB VI	84

2. Waisenrenten gemäß § 48 SGB VI	86
3. Erziehungsrente gemäß § 47 SGB VI	87
IV. Träger und Finanzierung der Hilfeleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII	87
C. Zwischenfazit zum derzeitigen Rechtsstand	88
2. Teil: Beispiele zu der Versicherung von Erwerbstätigen in gesetzlichen Rentenversicherungen	90
A. Schweiz	90
I. Die erste Säule der Altersvorsorge	91
1. Versicherung in der ersten Säule	91
2. Die Finanzierung der ersten Säule	92
3. Die Leistungen der ersten Säule	94
4. Die Ergänzung der ersten Säule	95
II. Die zweite Säule der Altersvorsorge (berufliche Vorsorge)	95
1. Versicherung in der zweiten Säule	95
2. Die Finanzierung der zweiten Säule	96
3. Die Leistungen der zweiten Säule	96
III. Die dritte Säule	97
B. Österreich	97
I. Das Allgemeine Pensionsgesetz (APG)	98
II. Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG)	99
1. Versicherung	99
2. Finanzierung	100
3. Leistungen	100
III. Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz	101
1. Versicherung	101
2. Finanzierung	101
3. Leistungen	101
IV. Die Versicherung freiberuflich Tätiger und anderer Personengruppen	102
V. Pensionsbeitrag der Beamten zur Pensionsvorsorge	102
C. Forderung nach Umgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	103
I. Stimmen in der deutschen Politik	103

Inhaltsverzeichnis

II. Konkretes Beispiel zur Ausgestaltung der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung: Das gemeinsame Konzept des Sozialverbands Deutschlands, der Volkssolidarität und des Deutschen Gewerkschaftsbundes	105
1. Ausdehnung der Versicherungspflicht	105
2. Beitragssystem in der Erwerbstätigenversicherung	107
3. Leistungssystem der Erwerbstätigenversicherung	108
4. Zusammenfassung des Modells der Erwerbstätigenversicherung des Sozialverbandes Deutschlands	109
III. Vorschlag der Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ zur Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung	109
IV. Zwischenergebnis	111
3. Teil: Die Erwerbstätigenversicherung als Sozialversicherung	112
A. Abgrenzung von Volksversicherung und Bürgerversicherung	112
I. Volksversicherung	112
II. Bürgerversicherung	113
B. Erwerbstätigkeit	113
C. Die Anforderungen an Sozialversicherung	116
I. Innerstaatliche Anforderungen an Sozialversicherung im Grundgesetz	117
1. Das Sozialstaatsprinzip	117
2. Gesetzgebungskompetenz für Sozialversicherung	118
a. Sozialversicherung in Literatur und Rechtsprechung	119
aa. Rechtsprechung	119
bb. Literatur	120
cc. Gattungsbegriff oder Typus Sozialversicherung	121
(1) Definition Gattungsbegriff und Typus	122
(2) Eigene Stellungnahme	123
b. Gesicherte Merkmale von Sozialversicherung	126
c. Versicherung	126
aa. Erforderlichkeit einer Definition von Versicherung	127
bb. Merkmale von Versicherung – insbesondere die Problematik der Äquivalenz	128

cc. Das Versicherungsprinzip in der gesetzlichen Rentenversicherung	137
d. Sozial	139
aa. Die Abgrenzung von Solidarität und sozialem Ausgleich	140
(1) Solidarität	141
(a) Rechtswissenschaftliche Annäherung an Solidarität	141
(b) Philosophische / sozialwissenschaftliche Annäherung an Solidarität	144
(2) Solidarität im Kontext Sozialversicherung – das Merkmal der Gruppenhomogenität für Sozialversicherung	147
(a) Literatur	147
(b) Bundesverfassungsgericht	150
(c) Eigene Stellungnahme	151
(3) Ergebnis zu dem Begriff Solidarität im Kontext der Sozialversicherung	154
(4) Sozialer Ausgleich	155
(a) Umverteilung zwischen den versicherten Personen	157
(b) Zeitliche Umverteilung	158
(c) Umverteilung zwischen der Allgemeinheit und der Versichertengemeinschaft der Sozialversicherung	159
(d) Zusammenfassung	159
(5) Der soziale Ausgleich in der gesetzlichen Rentenversicherung	160
(a) Sozialer Ausgleich bei Ansprüchen nach dem SGB IX	161
(b) Sozialer Ausgleich bei Rentenansprüchen	161
(aa) Sozialer Ausgleich bei dem Erwerb von Rentenansprüchen	161
(bb) Sozialer Ausgleich bei der Berechnung von Renten	162
(c) Sozialer Ausgleich bei Kindererziehung	170
(d) Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	177

Inhaltsverzeichnis

bb. Ergebnis zu Solidarität und sozialem Ausgleich	177
e. Organisationsform und Zuschüsse	177
f. Weitere umstrittene Merkmale von Sozialversicherung	178
aa. Arbeitnehmersversicherung	178
(1) Historische Begründetheit des Merkmals Arbeitnehmersversicherung	179
(2) Grundsätzliche Eignung des Merkmals Arbeitsverhältnis als Beschäftigungsverhältnis für den Begriff Sozialversicherung	184
bb. Schutzbedürftigkeit	189
g. Zusammenfassung: Verfassungsrechtliche Merkmale von Sozialversicherung	195
h. Abgrenzung von Art. 74 Nr. 11 GG und Nr. 12 GG	196
II. Europarechtliche Anforderungen an den Begriff Sozialversicherung	197
1. Das Unionsrecht als Rechtsquelle für den Begriff Sozialversicherung	198
a. Geltung des Europäischen Rechts in Deutschland	198
b. Geltungsvorrang des Europäischen Rechts	205
2. Konkrete Vorgaben an Sozialversicherung aus dem Recht der Europäischen Union	208
a. Mögliche Zuständigkeiten der Europäischen Union für die deutsche Regelungsmaterie Sozialversicherung	208
b. Maßgaben aus der Zuständigkeit für den Europäischen Binnenmarkt	210
aa. Art. 102 AEUV i. V. m. Art. 106 AEUV – Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	211
bb. Die Einstufung von Sozialversicherung als Unternehmen	211
c. Maßgaben aus der Zuständigkeit für Sozialpolitik	216
aa. Anforderungen an Sozialversicherung aus Art. 151 AEUV	216
(1) Anforderungen an Sozialversicherung aus der Europäischen Sozialcharta, Art. 12 ESC	217
(2) Anforderungen an Sozialversicherung aus der Charta der Grundrechte der europäischen Union, Art. 34 GRCh	219

bb. Anforderung an Sozialversicherung aus Art. 153 AEUV	220
3. Zwischenergebnis zu den Anforderungen aus dem europäischen Recht	223
D. Zwangsversicherung und Wahrung des sozialen Standards im Modell einer Erwerbstätigenversicherung	223
I. Wahrung des sozialen Standards	224
II. Wahrung des sozialen Standards durch die Ausweitung des versicherungspflichtigen Personenkreises	224
III. Wahrung des sozialen Standards bei dem Ausschluss von Personen aus dem bisherigen versicherungs- und beitragspflichtigen Personenkreis	225
1. Kindererziehende	226
2. Nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen	227
3. Sozialleistungsbezieher	228
4. Gesamtschau der angedachten Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	230
E. Ergebnis	231
4. Teil: Die Ausweitung der Versicherungs- und Beitragspflicht auf bisher nicht versicherte Personenkreise	232
A. Verletzung von Grundrechten und Grundfreiheiten durch die Einbeziehung der nicht obligatorisch versicherten Selbständigen in die Versicherungs- und Beitragspflicht	234
I. Bestimmung des Personenkreises der bisher nicht obligatorisch in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherten Erwerbstätigen	234
II. Die Verletzung von innerstaatlichen Grundrechten	235
1. Die Verletzung von innerstaatlichen Grundrechten durch die Auferlegung einer Versicherungspflicht	235
a. Die Verletzung von Art. 9 GG (Vereinigungsfreiheit) wegen der Mitgliedschaft durch Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung	235
b. Die Verletzung von Art. 12 Abs. 1 GG (Berufsfreiheit) wegen der Mitgliedschaft durch Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung	239
aa. Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	239
(a) Sachlicher Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	239

Inhaltsverzeichnis

(b) Persönlicher Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	240
bb. Eingriff in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	242
c. Die Verletzung von Art. 2 Abs. 1 GG (allgemeine Handlungsfreiheit) wegen der Mitgliedschaft durch Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung	246
d. Ergebnis zur Verletzung innerstaatlicher Grundrechte durch die Auferlegung einer Versicherungspflicht	247
2. Die Verletzung innerstaatlicher Grundrechte durch die Auferlegung einer Beitragspflicht	248
a. Die Verletzung von Art. 14 Abs. 1 GG (Eigentum) durch die Auferlegung von Pflichtbeiträgen	248
aa. Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG	248
(1) Persönlicher Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG	249
(2) Sachlicher Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG	249
(a) Beeinträchtigung des Grundrechts aus Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG – Schutz des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG vor öffentlich-rechtlichen Abgaben und des Vermögens	250
(aa) Auffassung der Rechtsprechung	250
(bb) Auffassungen der Literatur	252
(cc) Eigene Stellungnahme zu der Frage, ob Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG vor öffentlich-rechtlichen Abgaben schützt	253
(dd) Übertragung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf Beiträge Selbständiger zur gesetzlichen Rentenversicherung	255

(b)	Beeinträchtigung des Grundrechts aus Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG wegen eines Eingriffs in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	257
(c)	Einschlägigkeit des Schutzbereichs des Art. 14 Abs. 1 GG durch die Aufgabe einer privaten Altersvorsorge	259
bb.	Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG durch mögliche Veränderung der privaten Altersvorsorge als Folge der Ausdehnung der Versicherungs- und Beitragspflicht	260
cc.	Ergebnis zu Art. 14 Abs. 1 GG	264
b.	Verletzung der Berufsfreiheit gem. Art. 12 Abs. 1 GG durch Auferlegung einer Beitragspflicht	264
aa.	Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	264
bb.	Eingriff in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	264
cc.	Ergebnis zu Art. 12 Abs. 1 GG wegen der Verletzung der Beitragspflicht	267
c.	Verletzung von Art. 2 Abs. 1 GG durch Auferlegung der Beitragspflicht	267
d.	Ergebnis zur Verletzung von Grundrechten durch die Auferlegung der Beitragspflicht	268
3.	Das Freibleiben von einer Sorgereverpflichtung in der gesetzlichen Rentenversicherung, Art. 2 Abs. 1 GG (allgemeine Handlungsfreiheit als Sorgereverfreiheit)	268
a.	Schutzbereich des Art. 2 Abs. 1 GG	269
aa.	Persönlicher Schutzbereich des Art. 2 Abs. 1 GG	270
bb.	Sachlicher Schutzbereich des Art. 2 Abs. 1 GG	270
b.	Eingriff in den Schutzbereich des Art. 2 Abs. 1 GG	271
c.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in Art. 2 Abs. 1 GG	272
aa.	Formelle Verfassungsmäßigkeit	273
bb.	Materielle Verfassungsmäßigkeit / Verhältnismäßigkeit	273
(1)	Individuelle Schutzbedürftigkeit	274
(a)	Individuelle Schutzbedürftigkeit als legitimer Gesetzeszweck	274

Inhaltsverzeichnis

(b)	Geeignetheit der gesetzlichen Maßnahme in Bezug auf den Zweck des Schutzes des einzelnen Selbständigen	277
(c)	Erforderlichkeit der Einbeziehung der individuell schutzbedürftigen Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung um den Zweck ihres Schutzes zu verwirklichen	279
(2)	Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	282
(a)	Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung als legitimer Gesetzeszweck	283
(b)	Geeignetheit in Bezug auf den Zweck der Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	286
(c)	Erforderlichkeit der Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung zu deren Stabilisierung	289
(d)	Angemessenheit einer entsprechenden gesetzlichen Maßnahme vor dem Hintergrund des Zwecks der Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	292
(3)	Reduzierung der steuerfinanzierten sozialstaatlichen Ausgaben	301
(a)	Reduzierung der steuerfinanzierten sozialstaatlichen Ausgaben als legitimer Gesetzeszweck	302
(b)	Geeignetheit in Bezug auf den Zweck der Reduzierung der steuerfinanzierten sozialstaatlichen Ausgaben	304
(c)	Erforderlichkeit der Einbeziehung aller nicht obligatorisch versicherten Selbständigen im Hinblick auf den Gesetzeszweck der Reduzierung der Steuerausgaben für Leistungen der Grundsicherung	305

(d) Angemessenheit der Einbeziehung der bisher nicht obligatorisch versicherten Selbständigen in Bezug auf den Gesetzeszweck einer Reduzierung der steuerlichen Ausgaben für Grundsicherungsleistungen	307
d. Ergebnis	308
4. Ergebnis zu den innerstaatliche Grundrechte	308
III. Verletzung von Europäischen Grundrechten	309
1. Durchführung im Sinne des Art. 51 Abs. 1 GRCh	311
2. Doppelgeltung von Unionsgrundrechten und nationalen Grundrechten	319
3. Verletzung von Grundrechten aus der GRCh durch die Auferlegung der Versicherungspflicht	322
a. Verletzung von Art. 12 Abs. 1 GRCh (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit)	322
b. Verletzung von Art. 15, 16 GRCh (Berufsfreiheit und unternehmerische Freiheit)	323
4. Verletzung der wirtschaftlichen Grundrechte aus Art. 15, 16 und Art. 17 GRCh durch die Auferlegung der Beitragspflicht	324
a. Abgrenzung der wirtschaftlichen Grundrechte untereinander	324
b. Verletzung des Art. 17 GRCh (Eigentum)	326
aa. Schutzbereich des Art. 17 Abs. 1 GRCh	327
bb. Einschränkung des Grundrechts auf Eigentum	331
(1) Eigentumsentziehung durch Entzug des Vermögens	333
(2) Nutzungseinschränkung bei Verbeitragung	334
cc. Rechtfertigung der Einschränkung	335
(1) Rechtfertigung durch Art. 17 Abs. 3 GRCh	336
(a) Gesetzliche Grundlage	336
(b) Verfolgung eines zulässigen Ziels	336
(c) Die Wesensgehaltsgarantie als Gegenschranke der Verfolgung des zulässigen Ziels	338
(2) Rechtfertigung durch Art. 52 Abs. 1 GRCh (Verhältnismäßigkeit)	341
(a) Legitimes Ziel	343
(b) Geeignetheit des Mittels	344

Inhaltsverzeichnis

(c) Erforderlichkeit des Mittels	344
(d) Angemessenheit des Mittels	345
c. Verstoß gegen Art. 16 GRCh	347
aa. Schutzbereich des Art. 16 GRCh	348
bb. Einschränkung des Grundrechts auf unternehmerische Freiheit	348
cc. Rechtfertigung der Einschränkung	349
(1) Gesetzliche Grundlage	350
(2) Verfolgung eines zulässigen Ziels	350
(3) Die Wesensgehaltsgarantie als Gegenschranke der Verfolgung des zulässigen Ziels	350
(4) Rechtfertigung durch Art. 52 Abs. 1 GRCh (Wahrung der Verhältnismäßigkeit)	351
(a) Legitimes Ziel	351
(b) Geeignetheit des Mittels	351
(c) Erforderlichkeit des Mittels	351
(d) Angemessenheit des Mittels	352
d. Verstoß gegen Art. 15 GRCh	353
IV. Berührung von Europäischen Grundfreiheiten, insbesondere Verletzung der Niederlassungsfreiheit, Art. 49 AEUV und Verletzung des freien Dienstleistungsverkehrs, Art. 56 AEUV	353
1. Anwendbarkeit der Art. 49 ff. AEUV wegen Harmonisierungsmaßnahmen der Europäischen Union	353
2. Niederlassungsfreiheit, Art. 49 AEUV	355
a. Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit	355
aa. Persönlicher Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit	356
bb. Sachlicher Schutzbereich der Niederlassungsfreiheit	356
(1) Vorliegen einer Niederlassung	357
(a) Selbständige Erwerbstätigkeit	358
(b) Manifestation der Niederlassung durch dauerhafte wirtschaftliche Integration	362
(aa) Abgrenzung der Niederlassung von der Entsendung	362
(bb) Abgrenzung der Niederlassung von der Dienstleistung	364
(2) Grenzüberschreitender Bezug	368

(3) Schutzzumfang der Niederlassungsfreiheit (die geschützten Tätigkeiten)	371
cc. Schutzbereichsbeschränkungen	372
dd. Öffnung des Schutzbereiches der Niederlassungsfreiheit bei Vorsorgeverpflichtung der bisher nicht obligatorisch versicherten Selbständigen in der gesetzlichen Rentenversicherung	372
b. Beeinträchtigung	373
aa. Die Rechtsprechung des EuGH zur Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	374
bb. Die Auffassungen der Literatur zur Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	376
cc. Eigene Stellungnahme	380
dd. Die Vorsorgepflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung im Kontext einer offenen oder versteckten Diskriminierung	383
c. Ergebnis zur Niederlassungsfreiheit	386
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 AEUV	387
4. Warenverkehrsfreiheit, Art. 28 AEUV	388
5. Ergebnis zu den Grundfreiheiten	388
V. Ergebnis zur personellen Ausweitung der Versicherungs- und Beitragspflicht auf die bisher nicht obligatorisch versicherten Selbständigen	388
B. Verletzung von Grundrechten und Grundfreiheiten durch die obligatorische Einbeziehung in die Beitragspflicht	389
I. Die Einbeziehung der geringfügig Erwerbstätigen in die obligatorische Beitragspflicht	389
1. Geringfügig Beschäftigte nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV	389
a. Verstoß gegen innerstaatliche Grundrechte	390
aa. Verletzung des Art. 14 GG (Eigentum) durch die obligatorische Auferlegung von Pflichtbeiträgen	390
(1) Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	391
(2) Eingriff in den Schutzbereich von Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG durch die obligatorische Auferlegung der Beitragspflicht zur gesetzlichen Rentenversicherung	392

Inhaltsverzeichnis

(3) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	392
(a) Die Abgrenzung von Inhalts- und Schrankenbestimmung von der Enteignung im Hinblick auf die obligatorische Verpflichtung Beiträge aus einer entgeltgeringfügigen Beschäftigung unter Zugrundelegung einer Mindestbeitragsbemessungsgrundlage zu zahlen	393
(b) Gesetzesvorbehalt gem. Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG - formell verfassungsgemäßes Gesetz	397
(c) Materielle Verfassungsmäßigkeit / Verhältnismäßigkeit	397
(aa) Individuelle Schutzbedürftigkeit der entgeltgeringfügig Beschäftigten	398
(α) Individuelle Schutzbedürftigkeit als legitimer Gesetzeszweck	398
(β) Geeignetheit der obligatorischen Beitragsverpflichtung in Bezug auf die individuelle Schutzbedürftigkeit des Einzelnen	401
(γ) Erforderlichkeit der obligatorischen Beitragsverpflichtung in Bezug auf die individuelle Schutzbedürftigkeit des Einzelnen	402
(bb) Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	404
(α) Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung als legitimer Gesetzeszweck	404

(β)	Geeignetheit der obligatorischen Beitragspflicht in Bezug auf den Zweck der Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	404
(γ)	Erforderlichkeit der obligatorischen Beitragspflicht in Bezug auf den Zweck der Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	405
(δ)	Angemessenheit der obligatorischen Einbeziehung in die Beitragspflicht im Hinblick auf den Zweck der Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	406
(αα)	Die Angemessenheit der obligatorischen Beitragspflicht gegenüber den entgeltgeringfügigen Beschäftigten, die über eine parallele Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung verfügen	406
(ββ)	Die Angemessenheit der obligatorischen Beitragspflicht gegenüber den entgeltgeringfügigen Beschäftigten, die über keine parallele Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung verfügen	407

Inhaltsverzeichnis

(γγ)	Die Angemessenheit der obligatorischen Beitragspflicht gegenüber den entgeltgeringfügigen Beschäftigten, die einen Arbeitsentgeltanspruch haben, der unterhalb der Mindestbeitragsbemessungsgrundlage des § 163 Abs. 8 SGB VI liegt	409
(cc)	Reduzierung der Ausgaben für steuerfinanzierten Sozialleistung	410
(α)	Reduzierung der steuerfinanzierten sozialstaatlichen Ausgaben als legitimer Gesetzeszweck	410
(β)	Geeignetheit und Erforderlichkeit der obligatorischen Einbeziehung der entgeltgeringfügig Beschäftigten vor dem Gesetzeszweck der Reduzierung der steuerlichen Ausgaben	410
(γ)	Angemessenheit der obligatorischen Einbeziehung der entgeltgeringfügig Beschäftigten vor dem Gesetzeszweck der Reduzierung der steuerlichen Ausgaben	411
(dd)	Ergebnis zu Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	412
bb.	Verletzung des Art. 12 Abs. 1 GG (Berufsfreiheit) durch die obligatorische Auferlegung von Pflichtbeiträgen	412
(1)	Schutzbereich und Eingriff in den Schutzbereich des Art. 12 Abs. 1 GG	412

(2) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung des Eingriffs in Art. 12 Abs. 1 GG	415
(a) Formelle Verfassungsmäßigkeit	415
(b) Materielle Verfassungsmäßigkeit	415
cc. Verletzung des Art. 2 Abs. 1 GG wegen der obligatorischen Auferlegung der Beiträge	418
dd. Verletzung des Art. 2 Abs. 1 GG wegen des Freibleibens von einer Vorsorgeverpflichtung aus der entgeltgeringfügigen Beschäftigung	418
b. Verletzung von Grundrechten aus der GRCh durch die obligatorische Auferlegung der Beitragspflicht	419
aa. Verletzung des Art. 17 GRCh (Eigentum)	419
(1) Eröffnung des Schutzbereichs des Art. 17 GRCh	419
(2) Einschränkung des Grundrechts auf Eigentum nach Art. 17 GRCh	419
(3) Eigentumsentzug bei Überforderung des Anspruchs auf Arbeitsentgelt und dessen Rechtfertigung	420
(4) Nutzungsbeschränkung des Anspruchs auf Arbeitsentgelt und dessen Rechtfertigung	421
(5) Ergebnis zu Art. 17 GRCh	422
bb. Verletzung des Art. 15 Abs. 1 GRCh	422
cc. Verletzung des Art. 15 Abs. 2 GRCh	423
c. Verletzung von Europäischen Grundfreiheiten, insbesondere Art. 45 AEUV	424
d. Ergebnis zu der obligatorischen Einbeziehung der entgeltgeringfügig Beschäftigten nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV (ggfs. i. V. m. § 8a SGB IV)	425
2. Geringfügig Beschäftigte nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV	425
a. Betroffene Grundrechte und Grundfreiheiten – insbesondere zur Einschlägigkeit von Art. 12 Abs. 1 GG und Art. 15 Abs. 1 GRCh	426
b. Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe	429
aa. Individuelle Schutzbedürftigkeit	429
bb. Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	430
cc. Reduzierung der steuerfinanzierten sozialstaatlichen Ausgaben	431

Inhaltsverzeichnis

II. Die Einbeziehung der Personen, die das Regelalter erreicht haben, in die obligatorische Beitragspflicht	432
1. Betroffene Grundrechte, insbesondere zur Vorsorgefreiheit gem. Art. 2 Abs. 1 GG	432
2. Rechtfertigung der Grundrechtseingriffe	433
a. Individuelle Schutzbedürftigkeit als legitimer Gesetzeszweck für die obligatorische Verbeitragung von Erwerbstätigkeiten von Personen, die das Regelalter erreicht haben	433
aa. Geeignetheit in Bezug auf den Schutz der Personen, die das Regelalter erreicht haben	434
bb. Erforderlichkeit in Bezug auf den Schutz der Personen, die bereits das Regelalter erreicht haben	435
b. Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung als legitimer Gesetzeszweck für die obligatorische Verbeitragung von Erwerbstätigkeiten von Personen, die das Regelalter erreicht haben	436
aa. Geeignetheit in Bezug auf die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung	436
bb. Erforderlichkeit in Bezug auf die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung	437
cc. Angemessenheit in Bezug auf die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung	437
c. Reduzierung der steuerfinanzierten sozialstaatlichen Ausgaben für die obligatorische Verbeitragung von Erwerbstätigkeiten von Personen, die das Regelalter erreicht haben	440
d. Ergebnis zur Einbeziehung der Personen, die das Regelalter erreicht haben, in die obligatorische Beitragspflicht zur gesetzliche Rentenversicherung	440
III. Sonderprobleme bei der Einbeziehung von Personen mit Sicherung in anderen Vorsorgesystemen	441
1. Die Einbeziehung von Beamten in die obligatorische Beitragspflicht	441
a. Ersatz der Versorgung durch die Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung	441
b. Kompetenzen zum Erlass eines die Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehenden Gesetzes	442

c.	Mögliche grundrechtsrelevante Belastungsmomente für die angedachte Einbeziehung von Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung.	446
aa.	Verletzung des Beamtenstatus als Individualgrundrecht aus Art. 33 Abs. 5 GG	447
bb.	Verletzung des Grundrechts aus Art 14 GG (Eigentum)	449
	(1) Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	449
	(2) Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG durch Verringerung der Bezüge durch die Beitragszahlungsverpflichtung	452
	(3) Rechtfertigung der Einwirkung auf den Schutzbereich insbesondere im Hinblick auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums aus Art. 33 Abs. 5 GG	453
d.	Ergebnis	458
2.	Die Einbeziehung von in den Versorgungswerken versicherten Personen in die obligatorische Beitragspflicht	459
a.	Kompetenzen zum Erlass eines die Angehörigen der freien Berufe in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehenden Gesetzes	459
b.	Die Verletzung von Grundrechten bei der Schließung der Versorgungswerke	466
aa.	Schließung der Versorgungswerke unter Einbeziehung aller Versorgungswerksmitglieder in die gesetzliche Rentenversicherung	466
bb.	Schließung der Versorgungswerke für potentielle Neumitglieder	466
	(1) Verletzung des Art. 14 GG durch die Schließung der Versorgungswerke für potentielle Neumitglieder	467
	(2) Rechtfertigung des Eingriffs in Art. 14 Abs. 1 GG durch Schließung der Versorgungswerke für potentielle Neumitglieder	469
	(a) Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung	470
	(aa) Geeignetheit der Schließung der Versorgungswerke	470

Inhaltsverzeichnis

(bb) Erforderlichkeit der Schließung der Versorgungswerke	472
(cc) Angemessenheit der Schließung der Versorgungswerke	472
(b) Reduzierung der Ausgaben für steuerfinanzierte Sozialausgaben	474
c. Ergebnis zur Verletzung von Grundrechten bei der Schließung der Versorgungswerke	474
C. Der Ausschluss von Personen aus der gesetzlichen Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung	475
I. Die Verletzung von Art. 14 Abs. 1 Satz 1 GG	475
1. Eingriff in des Schutzbereich des Art. 14 Abs. 1 GG	475
a. Anwartschaftsaufrechterhaltung bei Streichung von Kindererziehungszeiten gem. § 3 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	476
b. Anwartschaftsaufrechterhaltung bei Streichung von Pflegezeiten gem. § 3 Satz 1 Nr. 1a SGB VI	477
c. Anwartschaftsaufrechterhaltung bei Streichung von Zeiten für Sozialleistungsbezug gem. § 3 Satz 1 Nr. 3 SGB VI	477
2. Die Rechtfertigung der Eigentumsverletzung	478
II. Die Verletzung von Art. 17 GRCh	480
D. Gebot zur Auferlegung einer Vorsorgeverpflichtung in der gesetzlichen Rentenversicherung aus Art. 34 GRCh	481
I. Bedeutung und Anwendungsbereich des Art. 34 GRCh	481
II. Zugang der in einer Erwerbstätigenrentenversicherung obligatorisch versicherungs- und beitragspflichtigen Personen	484
III. Zugang zu einer Erwerbstätigenrentenversicherung für die bisher nach § 3 SGB VI versicherten Personen	484
5. Teil: Gleichheitsrechtliche Probleme der gesetzlichen Rentenversicherung als Erwerbstätigenversicherung	485
A. Der allgemeine Gleichheitssatz aus Art. 3 GG	485
I. Gleichheit im Sinne von Art. 3 Abs. 1 GG im sozialrechtlichen Kontext	485
II. Bezugspunkte für Gleichheit im Zusammenhang mit der Gesetzgebung zum Topos Sozialversicherung	489

III. Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung von Gleichem oder einer Gleichbehandlung von Ungleichem	493
IV. Die Gleichheit hinsichtlich der Einbeziehung in die Erwerbstätigenversicherung	498
1. Gleichheitsrechtlicher Schutz für in die Erwerbstätigenversicherung nicht einzubeziehenden Personen	499
2. Gleichheitsrechtlicher Schutz für die in die Erwerbstätigenversicherung einbezogenen Personen	500
a. Wesentliche Gleichheit der von der Erwerbstätigenversicherung erfassten und der nicht erfassten Personengruppen	500
aa. Wesentliche Gleichheit hinsichtlich der Aufwendung eigener Arbeitskraft	500
bb. Wesentliche Gleichheit hinsichtlich der Schaffung einer Existenzgrundlage durch Arbeit	501
b. Ungleiche Behandlung durch denselben Hoheitsträger	502
c. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	503
aa. Differenzierung zwischen Beamten und Versicherten	504
bb. Differenzierung Mitgliedern der Versorgungswerke und Versicherten	505
cc. Differenzierung zwischen kurzfristig Erwerbstätigen und Versicherten	506
dd. Differenzierung zwischen entgeltgeringfügig Erwerbstätigen unterhalb des Steuerfreibetrages und Altersrentnern, die bereits auf Grundsicherung angewiesen sind, und Versicherten	506
V. Beitragsrechtliche Ungleichbehandlung	507
1. Die Ungleichbehandlung der Selbständigen hinsichtlich der ihnen auferlegten Mindestbeitragsbemessungsgrundlage aus § 165 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI	508
a. Wesentliche Gleichheit und ungleiche Behandlung	508
b. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	509
aa. Vorliegen eines Differenzierungsgrundes	509
bb. Geeignetheit und Erforderlichkeit der Ungleichbehandlung	510

Inhaltsverzeichnis

cc. Angemessenheit	511
2. Die Ungleichbehandlung der Selbständigen gegenüber den Beschäftigten im Übergangsbereich gemäß § 20 Abs. 2 SGB IV wegen der Regelungen des § 163 Abs. 10 SGB VI i. V. m. § 70 Abs. 1a SGB VI	511
a. Wesentliche Gleichheit und ungleiche Behandlung	511
b. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	512
3. Die Ungleichbehandlung der Selbständigen gegen über den Erwerbstätigen, die ihre Beiträge nur zur Hälfte selbst tragen müssen	513
a. Wesentliche Gleichheit und ungleiche Behandlung	513
b. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	516
aa. Differenzierungsgrund	517
(1) Differenzierungsgrund hinsichtlich der hälftigen Beitragstragung der sog. Normalarbeitnehmer	517
(2) Differenzierungsgrund hinsichtlich der hälftigen Beitragstragung bestimmter Selbständiger	519
bb. Geeignetheit und Erforderlichkeit	523
cc. Angemessenheit	524
4. Die Ungleichbehandlung der entgeltgeringfügig Beschäftigten gegenüber den Beschäftigten im Übergangsbereich gemäß § 20 Abs. 2 SGB IV wegen der Regelung des § 163 Abs. 10 SGB VI i. V. m. § 70 Abs. 1a SGB VI	524
a. Wesentliche Gleichheit und ungleiche Behandlung	525
b. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	526
aa. Vorliegen eines Differenzierungsgrundes	526
bb. Geeignetheit	526
VI. Ergebnis zum allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs. 1 GG	527
B. Der Gleichheitssatz aus Art. 20 GRCh	528
I. Voraussetzungen Art. 20 GRCh	528
1. Die Prüfung des Art. 20 GRCh durch den EuGH	529
2. Die Standpunkte der Literatur zur Rechtsprechung des EuGH	530
3. Eigene Stellungnahme zu den relevanten Meinungsverschiedenheiten im Zusammenhang mit Art. 20 GRCh	532

4. Folgen der Deckungsgleichheit von Art. 20 GRCh und Art. 3 Abs. 1 GG	534
II. Ergebnis zu Art. 20 GRCh	534
6. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	535
Literaturverzeichnis	545
Anlagen zur Dissertation	563
Anlage 1: Übersicht derzeitige Rechtslage: Versicherungs- und Beitragsrecht der gesetzlichen Rentenversicherung	563
Anlage 1: Übersicht derzeitige Rechtslage: Rentenleistungen und sie ergänzende Leistungen	567
Anlage 1: Übersicht derzeitige Rechtslage: Teilhabeleistungen und sie ersetzende Leistungen	568
Anlage 2: Fallbeispiel Kindererziehungszeiten	569
Anlage 3: Exemplarische Übersicht zur Rentenberechnung bei Selbständigen	583
Anlage 4: Berechnungen zur Entgeltgeringfügigkeit und Vergleich mit dem Übergangsbereich	585
Anlage zur Veröffentlichung der Dissertation	597

